

Immer mehr Menschen fragen sich, ob sie nicht im falschen Film sind: Weltweit predigen Neoliberale in unerträglicher Einseitigkeit die Heilslehre von den „Selbstheilungskräften des Marktes“. Diese sorgten mittels Wettbewerb in der Wirtschaft am besten für Effizienz und „Wohlstand für alle“. Und jetzt, mitten im größten Finanzmarktcrash aller Zeiten, rufen Neoliberale auf einmal nach dem Staat. Da sollen Regulierungen an den Finanzmärkten etabliert werden, wo es seit drei Jahrzehnten nur um

## FORUM

Deregulierungen ging. Auch zusätzliche Staatsverschuldung ist kein Problem mehr, und selbst die Verstaatlichungen von Banken werden nicht nur gefordert, sondern längst vollstreckt.

In der Tat muss der Staat jetzt – es gibt keine Alternative – das Heft in die Hand nehmen und schnellstens das wichtige Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherstellen. Wie gut, dass wir in Deutschland zumindest unsere Sparkassen und Volksbanken haben. Aber da war doch was: Sollten die nicht auch vor kurzem, wie von marktradikalen Kräften in der EU-Kommission gefordert, ihren wichtigen Status verlieren und dem Finanzmarkt-Wildwest geopfert werden?

Wer hat aber eigentlich Schuld an dieser ganzen hochgefährlichen Situation? In erster Linie die seit vielen Jahren weltweit praktizierte und herrschende neoli-

berale Politik. Sie ist ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung nicht im Geringsten gerecht geworden – im Gegenteil. Die Politik hat die Profitfunktion über alles andere gestellt. Dies hatte System: Schließlich fanden alle neoliberalen Geister es richtig, weltweit die Märkte zu liberalisieren – und hier insbesondere die Finanzmärkte.

Den Finanz-GAU haben somit nicht einzelne gewissenlose und gierige Finanzmanager zu verantworten. Die Banker haben sich nur dem von der Politik geschaffenen System angepasst. Insofern greift eine „Personifizierung“ der Finanzkrise auch viel zu kurz. Sie ist geradezu gefährlich, lenkt sie doch von den wahren Ursachen ab.

Wer die Finanzkrise verstehen und therapieren will, muss deshalb tiefer bohren. Wahrer Auslöser der Krise ist der weltweit propagierte Markt- und Wettbewerbswahn und die daraus entstandenen gigantischen Umverteilungen zu den ohnehin schon Reichen und Vermögenden. Marktradikalismus hat immer stärker zu einem destruktiven Preis- und Kostenwettbewerb in den einzelnen Volkswirtschaften geführt, nach dem Motto: „Geiz

# Die Finanzkrise ist das Ergebnis falscher Politik

Nicht gierige Manager haben das Desaster zu verantworten, sondern ein System gigantischer Umverteilungen zu den ohnehin Reichen. Deswegen muss eine Lösung auch besonders tief greifen / Von Heinz-Josef Bontrup

ist geil“. Dies bringt in einer Binnenwirtschaft aber letztlich nur Nachteile für alle, denn die Kosten des einen sind ja die Einnahmen und Gewinne des anderen. Alle Transaktionen in einer geschlossenen Volkswirtschaft ergeben in Summe immer null. Selbst das Wissen um diese



Professor Heinz-Josef Bontrup ist Wirtschaftswissenschaftler an der Fachhochschule Gelsenkirchen und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternativen Wirtschaftspolitik. Foto: pb

ökonomische Binsenweisheit scheint verlorengegangen zu sein, weil nur noch wenige kreislaufmäßig denken und die anderen offensichtlich „betriebswirtschaftlich kontaminiert“ sind.

Lediglich international kann durch Preis- und Kostendumping ein Wettbewerbsvorteil erzielt werden – dies aber auch nur temporär: Permanente Exportüberschüsse von anderen Ländern können in einer Weltwirtschaft nicht akzeptiert und vor allen Dingen nicht finanziert werden.

Destruktiver Preis- und Kostenwettbewerb behindert außerdem einen konstruktiven Innovationswettbewerb, um wirkliche gesellschaftliche Wohlfahrt hervorzubringen. Und es gibt noch ein weiteres negatives, neoliberal gewolltes Ergebnis: Immer mehr Geld wird in Form von Gewinnen und Dividenden ausgeschüttet statt in Form von Löhnen. Das ist weltweit zu beobachten: Aufgrund dieser Umverteilung ist allein in Deutschland seit Mitte der siebziger Jahre die Gewinnquote um elf Prozentpunkte gestiegen – dies hat aber nicht zu mehr Realinvestitionen und damit zu mehr Beschäftigung geführt, nein: Die Arbeitslo-

sigkeit hat zugenommen. Und selbst innerhalb der Kapitalfraktion fand Umverteilung statt, zu Ungunsten der kleinen und mittleren Unternehmen. Sie bekommen unter dem Preis- und Kostendruck die brutale Nachfragemacht der Großunternehmen und Konzerne zu spüren. Schließlich sollen bei den Großen für die Shareholder Eigenkapitalrenditen von 25 Prozent und mehr erzielt werden. Dies gibt aber die arbeitende Realwirtschaft für alle Unternehmen nicht her. Also muss auch hier umverteilt werden, und zwar über Missbrauch von Marktmacht.

Wenn dann noch zusätzlich die Staaten in ein kollektives Steuerdumping verfallen und sich gegenseitig mit den Unternehmensteuern unterbieten, dann kommt es zu weiteren Umverteilungen mit zusätzlichen negativen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Die Steuern, die den Reichen und Vermögenden erlassen werden, geben diese dann gerne dem Staat als Kredite zurück und erhalten dafür Zinsen – also noch eine Umverteilung von unten nach oben. Weniger Steuern, noch mehr Zinsen bedeutet dann für den Staat noch mehr Verschuldung. So sammelt sich schließlich bei we-

nigen Wirtschaftsakteuren immer mehr überschüssiges Kapital an.

Dieses nehmen dann die Finanzmärkte auf, weil in der Realwirtschaft keine hinreichenden Anlagemöglichkeiten mehr zu finden sind, wegen letztlich fehlender kaufkräftiger Nachfrage. So erklärt sich dann auch der letzte Akt: die Privatisierung des Staatssektors. Hier bieten sich noch Anlagemöglichkeiten durch die Umwandlung öffentlicher in private Unternehmen und durch die Teilprivatisierung von kollektiven Gütern wie Rente, Gesundheit und Bildung.

Was ist jetzt zu tun? Um zu vermeiden, dass die Krise des spekulativen Finanzmarkts noch stärker auf die Realwirtschaft durchschlägt, muss sofort ein in der gesamten Europäischen Union abgestimmtes Konjunkturprogramm aufgelegt werden. Die Europäische Zentralbank sollte dies mit abgesenkten Leitzinsen begleiten.

Um eine nochmalige Spekulationsblase in Zukunft zu verhindern, sind die internationalen Finanzmärkte endlich durch staatliche Regulierungen an die Kette zu legen. Spekulationsgeschäfte müssen erschwert werden. Was aber das Allerwichtigste ist: Es muss endlich Schluss gemacht werden mit der kontraproduktiven neoliberalen Umverteilung von unten nach oben. Geschieht dies nicht, so ist heute schon der Nährboden für die nächste Finanzmarktkrise bereitet – eine wahrscheinlich noch größere, die womöglich nicht mehr beherrschbar sein wird.